

tatsachen · hinweise · ergebnisse · materialien · anregungen

Die Mitglieder des Hauptausschusses

1. Beauftragte der Arbeitgeber

Albrecht Bendziula

Dipl.-Psych.
Enka AG

Prof. Dr. Heinz Griesinger

Abteilungsleiter
Robert Bosch GmbH
Zentralabteilung Ausbildung

Dr. Carsten Kreklau

Abteilungsleiter
Bundesverband der Deutschen
Industrie e.V.
Abteilung Forschungs- und
Bildungspolitik

Hanns-Peter Kuhfuhs

Assessor
Deutscher Handwerkskammertag

Helma Leonard

Dipl.-Päd.;
Geschäftsführer Berufsbildung
Hauptgemeinschaft des
Deutschen Einzelhandels e.V.

Dr. Heribert Mühl

Referatsleiter
Deutscher Bauernverband e.V.
Verband der Landwirtschafts-
kammern
Referat für Berufsbildung und
Bildungspolitik

Rolf Raddatz

Dipl.-Sozialwirt; Abteilungsleiter
Deutscher Industrie- und Handelstag
Abteilung Berufsbildung

Karl Spelberg

Assessor; Abteilungsleiter
Zentralverband des Deutschen
Handwerks
Abteilung Berufsbildung

Franz Stobrawa

Dipl.-Volkswirt; Dezernent
Bundesärztekammer

Bundesinstitut für Berufsbildung

Der Hauptausschuß begann seine zweite Amtsperiode

Der Hauptausschuß des Bundesinstituts für Berufsbildung hat am 31. Januar und am 1. Februar 1986 in Bonn getagt und dabei die Arbeit für die nächste Sitzungsperiode nach dem Berufsbildungsförderungsgesetz aufgenommen. Der Staatssekretär im Bundesministerium für Bildung und Wissenschaft, Paul Harro Piazzolo, übergab den Mitgliedern die Berufungsurkunden. Neuer Vorsitzender wurde Herr Prof. Dr. Hans Sehling. Er ist Nachfolger von Herrn Gustav Fehrenbach, der im vergangenen Jahr den Vorsitz im Hauptausschuß inne hatte.

Hans Sehling ist Abteilungsleiter im Bayerischen Staatsministerium für Arbeit und Sozialordnung. Er wurde als einer der 11 Beauftragten der Länder im Hauptausschuß vom Bundesrat vorgeschlagen und bereits auf der letzten Sitzung des Hauptausschusses von dessen Mitgliedern

zum neuen Vorsitzenden gewählt.

Zu stellvertretenden Vorsitzenden wurden Herr Hans-Jürgen Allert, Herr Dipl.-Psych. Albrecht Bendziula und Herr Gustav Fehrenbach gewählt.



Prof. Dr. Hans Sehling



Hans-Jürgen Allert

Hans-Jürgen Allert leitet die Abteilung „Berufliche Bildung“ im Bundesministerium für Bildung und Wissenschaft und ist einer der Beauftragten des Bundes im Hauptausschuß.

Albrecht Bendziula wurde auf Vorschlag der Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände als Beauftragter der Arbeitgeberverbände in den Hauptausschuß berufen.

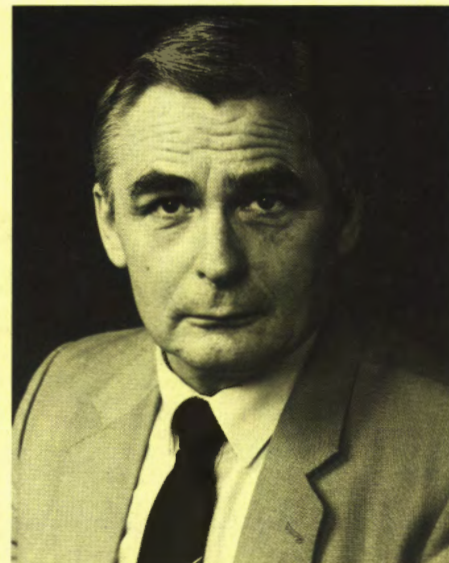
Gustav Fehrenbach, stellvertretender Vorsitzender des Deutschen Gewerkschaftsbundes, wurde auf Vorschlag des DGB-Bundesvorstandes als Beauftragter der Arbeitnehmer in den Hauptausschuß berufen.

Rechtsgrundlage für den Wechsel im Hauptausschuß ist das am 01.01.1982 in Kraft getretene Berufsbildungsförderungsgesetz. Danach gehören dem Hauptausschuß Beauftragte der vier an der beruflichen Bildung beteiligten Gruppen (Arbeitgeber, Arbeitnehmer, Bund, Länder) an, die von ihren jeweiligen Organisatio-



Albrecht Bendziula

nen vorgeschlagen und vom Bundesminister für Bildung und Wissenschaft für längstens vier Jahre berufen werden. Die bildungspolitische Bedeutung und Funktion des Hauptausschusses liegt darin, die Bundesregierung in grundsätzlichen Fragen der beruflichen Bildung, wie z. B. beim jährlichen Berufsbildungsbericht, zu bera-



Gustav Fehrenbach

ten. Zugleich ist der Hauptausschuß das Selbstverwaltungsorgan des Bundesinstituts für Berufsbildung und entscheidet über den Institutshaushalt und das Forschungsprogramm.

H. Bau

Ingeborg Weegmann

Dipl.-Volkswirt;
stv. Abteilungsleiterin
Bundesvereinigung der
Deutschen Arbeitgeberverbände
Abteilung Arbeitsmarkt und
Berufsbildung

Geerd Woortmann

Dipl.-Volkswirt; Abteilungsleiter
Deutscher Industrie- und Handelstag
Abteilung Weiterbildung

2. Beauftragte der Arbeitnehmer

Gustav Fehrenbach

stv. Vorsitzender
Deutscher Gewerkschaftsbund
Bundesvorstand

Wolfgang Fieg

Abteilungsleiter
Gewerkschaft Öffentliche Dienste,
Transport und Verkehr
Hauptvorstand

Dr. Klaus Heimann

Abteilungsleiter
IG Metall
Vorstand
Abteilung Berufsbildung

Felix Kempf

Abteilungsleiter
Deutscher Gewerkschaftsbund
Bundesvorstand

Bruno Köbele

stv. Vorsitzender
IG Bau – Steine – Erden
Bundesvorstand

Horst Morich

Vorsitzender
Gewerkschaft Holz und Kunststoff

Dr. Herbert Nierhaus

Vorstandsmitglied; Ressortleiter
Deutsche Angestellten-Gewerkschaft
Bundesvorstand
Ressort Bildung

Jochen Schweitzer

Gewerkschaft Erziehung und
Wissenschaft
Hauptvorstand

Dieter Steinborn

2. Vorsitzender
Gewerkschaft Handel, Banken und
Versicherungen
Geschäftsführender Hauptvorstand

Jens Vojta

Deutsche Angestellten-Gewerkschaft
Bundesvorstand
Ressort Bildung

Jürgen Walter

Vorstandsmitglied
IG Chemie – Papier – Keramik
Hauptvorstand

3. Beauftragte der Länder

Martin Decker

Ltd. Ministerialrat
Kultusministerium
Rheinland-Pfalz

Dieter Faul

Dipl.-Wirtsch.-Ing.; Ministerialrat
Ministerium für Wirtschaft
und Technik
Hessen

Werner Feuerlein

Ministerialrat
Ministerium für Wirtschaft,
Mittelstand und Technologie
Baden-Württemberg

Ekkehard Geib

Ministerium für Wirtschaft
und Verkehr
Schleswig-Holstein

Peter Gullasch

Regierungsdirektor
Senator für Bildung, Wissenschaft
und Kunst
Bremen

Siegfried Hahn

Abteilungsleiter
Behörde für Schule und
Berufsbildung
Amt für Berufs- und
Weiterbildung
Hamburg

Dr. Klaus Heeg

Dipl.-Ing.; Ministerialrat
Ministerium für Wirtschaft
Saarland

Dr. Wolfgang Reichling

Ministerialdirigent
Ministerium für Wirtschaft,
Mittelstand und Technologie
Nordrhein-Westfalen

Prof. Dr. Hans Sehling

Ltd. Ministerialrat; Abteilungsleiter
Bayerisches Staatsministerium
für Arbeit und Sozialordnung
Bayern

Ralph Wagenhuber

Dipl.-Pol.; Abteilungsleiter
Senator für Schulwesen,
Berufsausbildung und Sport
Berlin

Heinz Weete

Dipl.-Landwirt; Ministerialdirigent
Kultusministerium
Niedersachsen

4. Beauftragte des Bundes

Hans-Jürgen Allert

Ministerialdirigent; Abteilungsleiter
Bundesminister für Bildung und
Wissenschaft

Dr. Hanni Breuer

Ministerialrätin
Bundesminister für Arbeit und
Sozialordnung

Dr. Alfred Hardenacke

Ministerialdirigent;
Unterabteilungsleiter
Bundesminister für Bildung und
Wissenschaft

Prof. Dr. Manfred Lepper

Ministerialrat; Referatsleiter
Bundesminister des Innern

Karin Schulte-Steinberg

Ministerialrätin; Referatsleiterin
Bundesminister für Wirtschaft

5. Beauftragter der Bundesanstalt für Arbeit

Dr. Manfred Leve

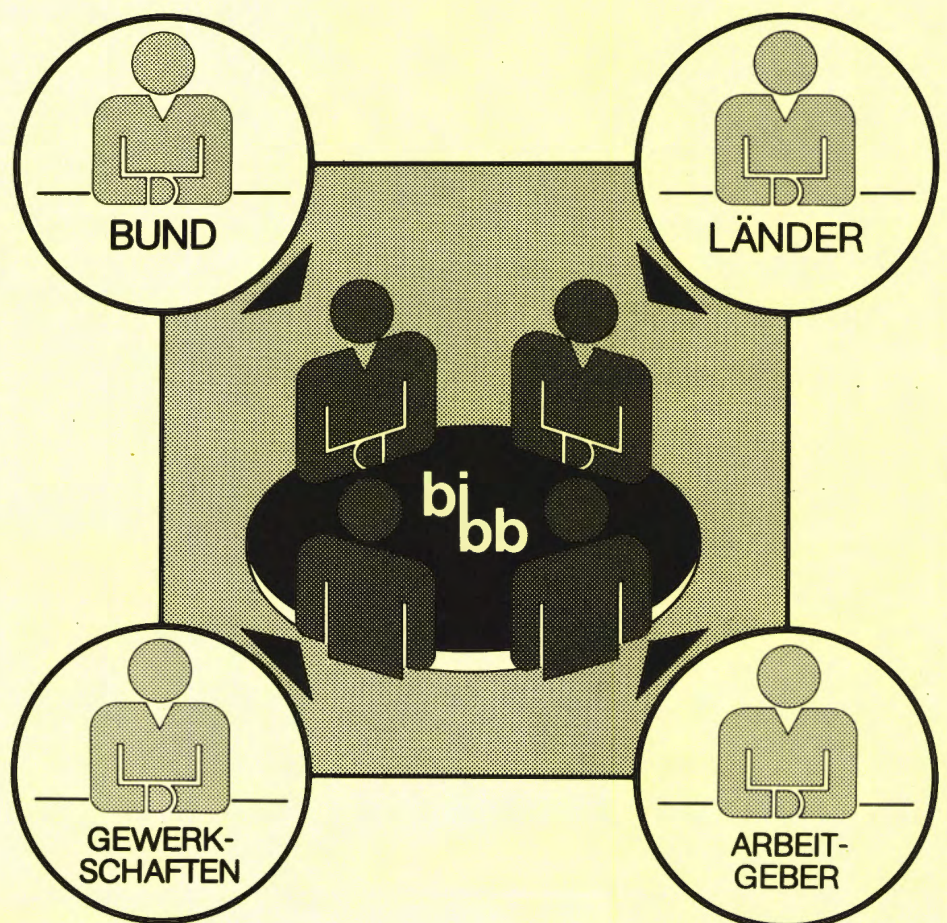
Oberdirektor; Abteilungsleiter
Bundesanstalt für Arbeit

6. Beauftragter der kommunalen Spitzenverbände

Heinrich Sonderrmann

Stadtrat; Schul- und
Kulturdezernent
Stadt Dortmund
Der Oberstadtdirektor

Das BIBB – die gemeinsame Adresse in der Berufsbildung



Modellversuch

Ausbildung von Technischen Zeichnern in CAD/CAM-Technologie

Mit der Modellversuchsreihe „Neue Technologien in der beruflichen Bildung“ des Bundesministers für Bildung und Wissenschaft soll den Betrieben bei der Qualifizierung ihrer Fachkräfte geholfen werden. Ein Schwerpunkt der Modellversuchsreihe bildet die CAD/CAM-Technologie in der Ausbildung von Technischen Zeichnern. Dabei handelt es sich um das rechnerunterstützte Zeichnen und Konstruieren (CAD = Computer Aided Design) in Verbindung mit dem rechnerunterstützten Fertigen (CAM = Computer Aided Manufacturing).

Die Ablösung der traditionellen Zeichenmaschinen durch Bildschirmgeräte ist in einer Reihe von Wirtschaftsbereichen in vollem Gange. Demgegenüber beginnen die Betriebe der überwiegenden Zahl der Wirtschaftsbereiche erst jetzt, sich mit der CAD/CAM-Technologie auseinanderzusetzen. Dazu gehört vor allem der Maschinenbau, der das wichtigste Tätigkeitsfeld für technisch-zeichnerische Fachkräfte darstellt. Die in dem Modellversuchsschwerpunkt CAD/CAM einbezogenen Betriebe weisen dann auch die im Maschinenbau typische kundenorientierte Fertigung mit hohem Konstruktionsanteil auf.

In drei Betrieben werden für die Ausbildung von Technischen Zeichnern Modellversuche mit unterschiedlichen Fragestellungen durchgeführt. Geplant ist ein weiterer Versuch mit einer Reihe von kleineren Betrieben, der auch den Bereich der Weiterbildung einschließen soll. Jeder Versuch hat eine wissenschaftliche Begleitung, die die Betriebe bei der Durchführung der Modellversuche unterstützen und die Ergebnisse systematisch aufbereiten. Der erste CAD/CAM-Modellversuch begann im September 1984 bei der **SMS Schloemann-Siemag AG in Hil-**

chenbach. Entwickelt und erprobt wird dort ein Konzept zur Ausbildung von Technischen Zeichnern an 2D CAD-Systemen. Im Vordergrund des Modellversuchs der **Krupp MaK Maschinenbau GmbH in Kiel** steht die Ausbildung von Technischen Zeichnern an 3D CAD-Systemen für das rechnerunterstützte Konstruieren und Zeichnen. Im Modellversuch der Firma **Mannesmann Kienzle GmbH in Villingen-Schwenningen** soll eine kombinierte elektrotechnisch- und maschinenbauorientierte Ausbildung unter Einbeziehung der CAD/CAM-Technologie erprobt werden.

Nach wie vor sind für Technische Zeichner fundierte Kenntnisse der Fertigungsverfahren und der Arbeitsabläufe sowie Fertigkeiten und Kenntnisse der Zeichentechnik unerlässlich. Allerdings müssen die traditionellen Ausbildungsinhalte überprüft und neu gewichtet werden, um genügend Zeit für die Vermittlung der zusätzlichen Inhalte zu gewinnen. Darüber hinaus erfordert das Verständnis für die Geometrieverarbeitung im Rechner eine Verstärkung des mathematisch-funktionalen Denkens.

Zur Abstimmung der einzelnen Versuchskonzeptionen und der

neuen Ausbildungsinhalte sowie zum Austausch von Informationen und Erfahrungen treffen sich die an den Modellversuchen Beteiligten in einem Arbeitskreis unter Leitung des Bundesinstitutes für Berufsbildung. Bisher wurden von den Modellversuchsbetrieben die neu zu vermittelnden Qualifikationen erfaßt, in Form von Lernzielen beschrieben und didaktisch strukturiert. Auf dieser Grundlage entwickeln und erproben sie nun Ausbildungsmaterialien wie Übungsaufgaben, Arbeitsblätter und Unterweisungshilfen. Im Arbeitskreis wurde übereinstimmend festgestellt, daß die neuen Technologien für den Technischen Zeichner zusätzliche Ausbildungsabschnitte nötig machen.

Dazu gehört zunächst eine „Informationstechnische Grundausbildung“, um die CAD/CAM-Ausbildung vorzubereiten und auf eine solide Basis zu stellen. Erste Ergebnisse aus den Modellversuchen zeigen, daß die theoretischen Grundlagen der Informationstechnik im Sinne einer Aufgabenverteilung in der Berufsschule vermittelt werden könnten. In zwei Fällen ist die Kooperation zwischen Betrieb und Schule bereits angelaufen. Aufgabe der Berufsausbildung ist es vor allem, Kenntnisse der anwendungsbezogenen Informatik zu vermitteln. Dabei lernen die Auszubildenden insbesondere die EDV-Anlagen mit ihren Peripheriegeräten, die Merkmale maschinen- und problemorientierter Programmiersprachen und die unterschiedlichen Betriebssysteme kennen. Sie erwerben auf diese Weise ein Hintergrundwissen, das sie befähigt, über ihren CAD-Arbeitsplatz hinaus den gesamten betrieblichen Datenfluß besser zu verstehen und ihren Beitrag dazu einzuschätzen. Zur Unterstützung der theoretischen Unterweisung ist die Erstellung einfacher Programme in der Programmiersprache Basic vorgesehen.

Die eigentliche „CAD-Ausbildung“ beginnt mit einem allgemeinen Einblick in die Arbeitsweise von CAD-Systemen. Dazu gehören die wesentlichen deutschen und englischen Fachausdrücke. Die Auszubildenden lernen den Aufbau von Computern, deren Betriebssysteme und die Datenspeicherung kennen. Einen breiten Raum in der CAD-Ausbildung nimmt die Übersicht über die Möglichkeiten und Grenzen der verwendeten Software ein. Durch das Anwenden bestimmter Handhabungstechniken, wie Rotation oder Zooming, lernt der Technische Zeichner auf der relativ kleinen Bildschirmfläche komplexe Zeichnungen zu erstellen.

Die Arbeitsergebnisse des Technischen Zeichners sind die Grundlage für die Fertigung der Produkte. Der Einsatz von Computern stellt nicht nur in der Konstruktion, sondern auch in der Fertigung neue Anforderungen an die Fachkräfte. In den Modellversuchen wird deshalb der Ausbildungsabschnitt „CAM-Ausbildung“ erprobt. Innerhalb der CAM-Ausbildung bildet in den drei Modellversuchen die NC/CNC-Grundausbildung den Kernbereich. Diese umfaßt das Erstellen, Testen und Ausführen der Programme. In die modellhafte Ausbildung werden für die CAM-Ausbildung Bereiche wie Arbeitsvorbereitung und Fertigungsplanung einbezogen.

Die bisherigen Konzeptionen für die „Informationstechnische Grundbildung“, „CAD-Ausbildung“ und „CAM-Ausbildung“ enthalten noch keine abgesicherten Ausbildungspläne. Sie können jedoch bereits jetzt den interessierten Betrieben Hilfestellung bei der Qualifizierung von Technischen Zeichnern in den neuen Technologien geben.

Bhs/Gg

Anschlußbeschäftigung nach der Lehre

Schlüsselfrage der Berufsbildung in den 80er und 90er Jahren

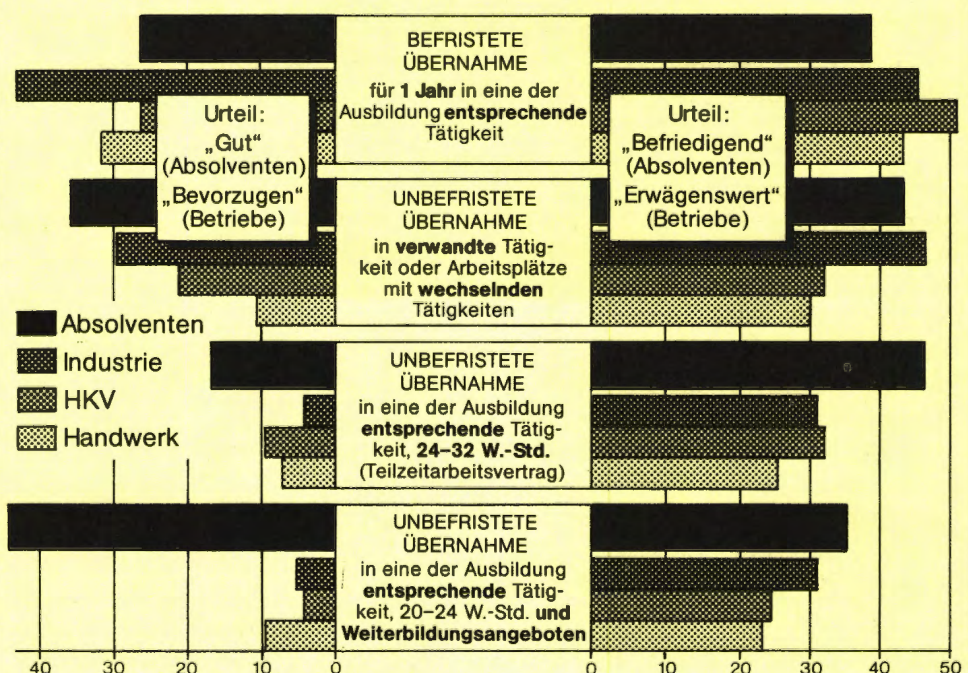
Angesichts der angespannten Lage auf dem Arbeitsmarkt der 80er Jahre führt eine Ausbildung „über den Bedarf“ zu Schwierigkeiten: Für die Betriebe ist es nicht einfach, ihre Ausgebildeten auf ausbildungsnahen Vollzeit-Arbeitsplätzen weiterzubeschäftigen. Der Berufseinstieg an der sogenannten „2. Schwelle“ ist für die Berufsanfänger zu einer Phase hoher Arbeitsmarktrisiken geworden. Anfang Oktober 1984 waren z. B. knapp 55.000 junge Fachkräfte arbeitslos, die unmittelbar zuvor eine betriebliche Ausbildung abgeschlossen hatten; 1981 waren es noch ca. 19.000 gewesen.

Von verantwortlicher Seite in der Berufsbildung werden „neuartige“ Möglichkeiten der Übernahme diskutiert, die etwa seit 1982 in vielfältiger Form Eingang in die betriebliche Praxis gefunden haben. Die Palette der praktizierten Lösungen reicht von den Angeboten für unqualifizierte oder berufsfremde Arbeitsplätze

über befristete Beschäftigung, eine Neuverteilung des Arbeitsvolumens durch „Job-Splitting“-Modelle bis hin zur Teilzeitbeschäftigung in Kombination mit Weiterqualifizierungsmöglichkeit.

Das Ifo-Institut für Wirtschaftsforschung hat im Frühjahr 1985 im Auftrag des Bundesinstituts

Ausbildungsabsolventen des Jahres 1984 und 7800 Betriebe beurteilen verschiedene Übernahme-Modelle („hypothetische“ Grundtypen) — in % — *



*) Der Restanteil auf 100 Prozent entfällt auf die dritte Beurteilungsmöglichkeit: „Unbefriedigend“ (Absolventen), „Ablehnen“ (Betriebe)

für Berufsbildung 7.800 Betriebe befragt, welche Modelle sie zur Lösung des Übernahmeproblems bevorzugen, für erwägenswert halten oder ablehnen. Die Vielfalt von Beschäftigungsmodalitäten ist auf unkonventionelle Grundformen reduziert worden, d. h., die Variante „unbefristete Übernahme auf einen ausbildungsgemäßen Vollzeit-Arbeitsplatz“ war von der Beurteilung ausgenommen.

Im Forschungsprojekt „Ausbildungs- und Berufsverläufe“ (1.052) sollten eben diese Grundformen von den Ausbildungsabsolventen aus Metall- und Elektroberufen sowie aus kaufmännischen und verwaltenden Berufen, die im Jahr 1984 ihre betriebliche Ausbildung abgeschlossen hatten, mit gut, befrie-

digend oder unbefriedigend eingeschätzt werden.

Das Schaubild zeigt, welche Resonanz die Modelle bei den Absolventen und den Betrieben aus drei Wirtschaftsbereichen gefunden haben.

Insgesamt präferieren vor allem die Jugendlichen einen „gleitenden Übergang“ ins Erwerbsleben nach Möglichkeit mit weiterer Qualifizierung, während die Betriebe in erster Linie auf die einjährige befristete Übernahme setzen. Die teils unterschiedliche Einschätzung der Modelle durch die Betriebe der Industrie, des Handwerks, des Handels sowie im Kreditgewerbe und Versicherungswesen zeigen, daß die potentiellen Modellanwender wirtschaftszweig- und branchen-

spezifische Gegebenheiten bei der Umsetzung berücksichtigen werden.

Unter dem Aspekt der Qualifizierung wäre ein stärkerer Anklang auch der Teilzeitbeschäftigungsmodelle wünschenswert. In diesem Bereich könnten durch innovative und flexible Lösungen vor allem jene Gelegenheiten geschaffen werden, die allen Ausgebildeten die Chance geben, ihre beruflichen Kenntnisse und Fertigkeiten im täglichen Arbeitsvollzug einzusetzen, zu festigen und weiterzuentwickeln. Ohne Zweifel würde dieser Berufseinstieg von den Jugendlichen der Arbeitslosigkeit vorgezogen, und die Gefahr des „Verlusts von Qualifikation durch Verlernen“ deutlich verringert.

He/Mk/Schg/Wes

Neuordnung der handwerklichen Elektroberufe

Anfang Dezember 1985 legte der Bundesminister für Wirtschaft in einem Antragsgespräch zur Neuordnung der handwerklichen Elektroberufe die Eckwerte für die Erarbeitung der Ausbildungsordnungsentwürfe fest. Damit wurden für einen weiteren wichtigen Wirtschaftszweig die Voraussetzungen zur Entwicklung zeitgemäßer Ordnungsmittel nach den Kriterien des Berufsbildungsgesetzes unter Berücksichtigung der im Elektrobereich besonders ausgeprägten technologischen Veränderungen geschaffen.

Das Handwerk bildet im Rahmen der betrieblichen Berufsausbildung die meisten Jugendlichen aus. Innerhalb des Handwerks nehmen die Elektroberufe eine bedeutende Position ein. Mit rund 76.000 Auszubildenden haben die Elektrohandwerke und das Büromaschinenmechanikerhandwerk einen Ausbildungsanteil von etwa 12 %, bezogen auf den gesamten Elektrobereich (Industrie, Handwerk, Öffentlicher Dienst) sind es etwa 52 %.

Die in die Neuordnung einbezogenen handwerklichen Elektroberufe sind in nahezu allen

Branchen der Wirtschaft angesiedelt. Sie umfassen ein sehr breites Spektrum unterschiedlicher Qualifikationen. Neben stark besetzten Ausbildungsberufen wie dem Elektroinstallateur, der etwa 73 % aller Ausbildungsplätze im Elektrohandwerk umfaßt, sind auch Ausbildungsberufe mit stark spezialisierten Berufsanforderungen und einer geringen Zahl von Ausbildungsplätzen einbezogen.

Die sechs handwerklichen Elektroberufe werden auf Berufsfeldbreite parallel geordnet. Ihre berufliche Grundbildung soll mit

der der industriellen Elektroberufe abgestimmt werden.

Zum Stand der Neuordnung

Im Mai 1984 vereinbarten der Zentralverband der Deutschen Elektrohandwerke, der Bundesverband Bürotechnik und der Deutsche Handwerkskammertag mit der Industriegewerkschaft Metall und dem Deutschen Gewerkschaftsbund ein „Positionspapier zur Neuordnung der Elektrohandwerke“. Darin werden unter anderem folgende gemeinsame Ziele vereinbart:

Ziel der Berufsausbildung ist die Gesellenqualifikation. Aufgrund der Ausbildung soll der Ausgebildete befähigt sein:

- in unterschiedlichen Betrieben und Branchen den erlernten Beruf auszuüben sowie – ggf. nach Aneignung fehlender Fertigkeiten – inhaltlich vergleichbare Gesellen- oder Facharbeitertätigkeiten ausführen zu können;

- sich auf neue Arbeitsstrukturen, Anwendungen, Fertigkeiten und Technologien flexibel ein-

stellen zu können mit dem Ziel, die berufliche Qualifikation zu erhalten;

■ an Maßnahmen der Weiterbildung teilnehmen zu können, um die berufliche Qualifikation und Beweglichkeit zu sichern.

- Die Ordnungsmittel und die Ausbildung sind so zu gestalten, daß ein Auszubildender nach Absolvierung der Hauptschule ohne zusätzliche Hilfen das Ausbildungsziel erreichen kann.
- Zur Ergänzung der betrieblichen Ausbildung entwickeln die Sachverständigen überbetriebliche Unterweisungsmaßnahmen.
- Die Ausbildung gliedert sich in eine breit angelegte berufliche Grundbildung und die darauf aufbauende berufliche Fachbildung. Die berufliche Grundbildung ist berufsfeldbreit und dauert 1 Jahr. Die

berufliche Fachbildung dauert 2 ½ Jahre.

Ende 1984 begannen im Bundesinstitut für Berufsbildung die Beratungen mit Sachverständigen der Arbeitgeber und der Arbeitnehmer zur Erarbeitung der fachlichen Grundlagen für die Neuordnung der handwerklichen Elektroberufe. Unter Berücksichtigung vielfältiger vorliegender Materialien (Berufsbilder und Anforderungen in der Meisterprüfung, fachliche Vorschriften zur Regelung des Lehrlingswesens und der Gesellenprüfung, Rahmenlehrpläne für überbetriebliche Lehrgänge, betriebliche Berufsausbildungspläne, Ergebnisse statistischer Analysen, sonstige Fachliteratur) wurden Berufsbeschreibungen sowie ein Katalog der Qualifikationen in der beruflichen Grundbildung erarbeitet.

Am 4. Dezember 1985 führte der Bundesminister für Wirtschaft

ein Antragsgespräch durch, auf dem folgende Eckwerte für die Neuordnung der handwerklichen Elektroberufe festgelegt wurden:

1. Berufsbezeichnungen:

- Elektroinstallateur,
- Elektromaschinenbauer,
- Elektromechaniker,
- Radio- und Fernsehtechniker,
- Kommunikations- und Fernmeldeelektroniker (Arbeitstitel; bisherige Bezeichnung: Fernmeldemechaniker),
- Büro- und Informationselektroniker (Arbeitstitel; bisherige Bezeichnung: Büromaschinenmechaniker)

Der Bundesminister für Wirtschaft prüft, ob die rechtlichen Voraussetzungen für eine Änderung der Berufsbezeichnungen gegeben sind.

2. Die handwerklichen Elektroberufe haben eine einheitliche Ausbildungsdauer von 3 ½ Jahren.

3. Die handwerklichen und die industriellen Elektroberufe sollen gemeinsam in einem Berufsfeld ausgebildet werden.

4. Die Ausbildung ist in allen sechs Berufen in eine einjährige berufliche Grundbildung und eine 2 ½ jährige Fachbildung zu gliedern.

5. Die vorliegenden Berufsbeschreibungen legen den inhaltlichen Rahmen fest, in dem auszubilden ist.

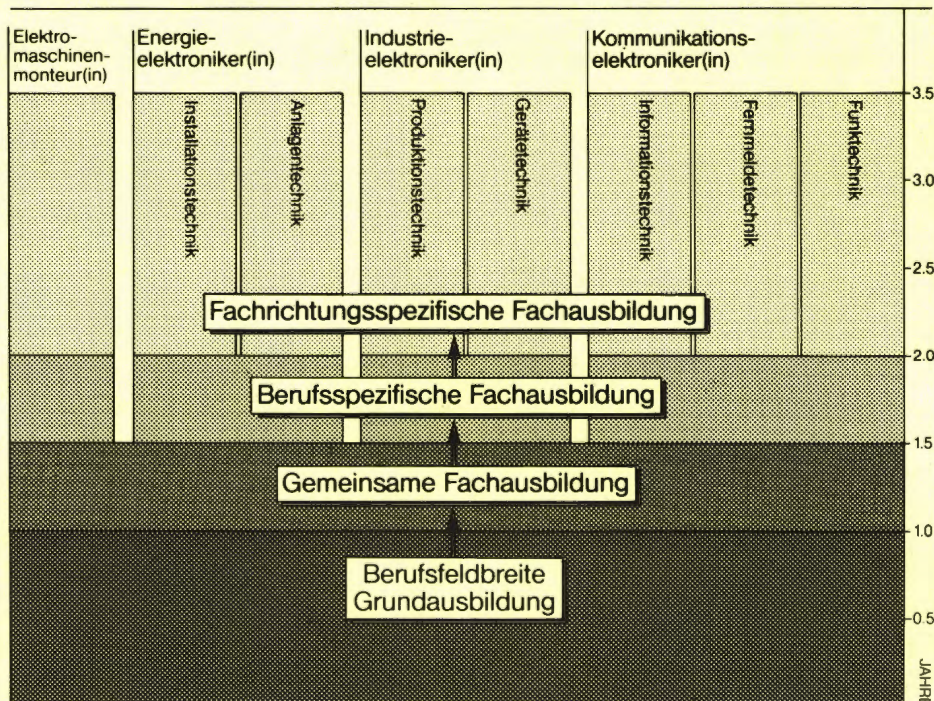
6. Der Ausbildungsrahmenplan wird zeitlich in Jahren mit Richtzeiten in Wochen gegliedert.

Der Koordinierungsausschuß wird voraussichtlich im März 1986 über den Projektantrag beschließen. Danach beginnt die Erarbeitung der Ausbildungsordnungsentwürfe sowie ihre Abstimmung mit dem schulischen Rahmenlehrplan. Mit dem Abschluß der Arbeiten ist im Sommer 1987 zu rechnen. Du

Neuordnung der industriellen Elektroberufe

Neue Struktur: 4 Berufe, 8 Endqualifikationen

Stand:
Januar 1986



Ausgangslage: 12 Berufe (Stufenausbildung)

Ausbildungsverhältnisse 1984: 149.508

Berufsvorbereitungsjahr (BVJ)

Leichter Rückgang der Schülerzahlen

Die Zahl der Teilnehmer an schulischen Maßnahmen zur Berufsvorbereitung hat sich im Schuljahr 1984/85 um ca. 8 % gegenüber dem Vorjahr auf insgesamt 41.675 verringert. Die rückläufige Entwicklung ist in allen Ländern – mit Ausnahme von Berlin – erkennbar, wenn auch in unterschiedlichem Ausmaß. Über Einzelheiten der Entwicklung informiert eine aktualisierte Fassung der zuletzt veröffentlichten Datenzusammenstellung zum BVJ, die das Bundesinstitut für Berufsbildung jetzt herausgegeben hat.

Die Abnahme der Schülerzahlen kann nicht als Hinweis auf eine allmähliche Entspannung am Ausbildungsstellenmarkt gedeutet werden, zumal in diesem Jahr mit 740.000 Bewerbern wiederum eine außerordentlich hohe Nachfrage erwartet wird. Vielmehr ist der besonders markant ausgeprägte Rückgang in Nordrhein-Westfalen um rund 16 %

eher als eine erste Reaktion auf eine gesetzliche Regelung zu sehen, wonach das 10. Pflichtschuljahr vom 01.08.1986 an nicht mehr wahlweise in der Hauptschule oder als BGJ oder BVJ absolviert werden kann, sondern in jedem Falle in der allgemeinbildenden Schule abzuleisten ist. Demgegenüber ist der gegenläufige Anstieg der Schüler-

zahlen in Berlin zurückzuführen auf die Einführung eines weiteren, dem BVJ folgenden Lehrgangsangebots für Jugendliche, die nach Ableistung der 10jährigen allgemeinen Schulpflicht arbeitslos sind (ohne Ausbildungs- oder Arbeitsvertrag).

Eine solche Maßnahme deutet neben anderem darauf hin, daß das Berufsvorbereitungsjahr wegen der noch weiterhin anhaltenden Probleme bei den Ausbildungsplätzen nach wie vor vielen Jugendlichen als „Warteschleife“ dient.

Der Anteil der weiblichen Teilnehmer lag im letzten Jahr bei ca. 45 %. Erwartungsgemäß konzentrieren sie sich auf die Berufsbereiche Hauswirtschaft, Ernährung, Textil und Bekleidung, sind aber auch in Maßnahmen mit kaufmännischer Ausrichtung besonders stark vertreten.

Die Zahl der ausländischen Schüler ist in den einzelnen Ländern sehr unterschiedlich; ihr Anteil reicht von 4,5 % in Schleswig-Holstein bis zu 38 % in Baden-Württemberg. In einigen Ländern werden für die ausländischen Schüler gesonderte Klassen geführt, um den sprachlichen Defiziten dieser Jugendlichen verstärkt Rechnung zu tragen. In den meisten Ländern besteht die Möglichkeit, mit dem erfolgreichen Besuch des Berufsvorbereitungsjahres nachträglich den Hauptschulabschluß zu erwerben. Voraussetzung ist, daß ein bestimmter Notendurchschnitt erreicht oder ein Zusatzprogramm absolviert wird; gelegentlich auch beides.

Das Faltblatt „Schulische Maßnahmen zur Berufsvorbereitung, Schuljahr 1984/85“ kann beim Bundesinstitut für Berufsbildung, Referat Presse- und Veröffentlichungswesen, Fehrbelliner Platz 3, 1000 Berlin 31, kostenlos angefordert werden.

Schmitt

Entwicklung des Berufsvorbereitungsjahres (BVJ) im Vergleich zum schulischen Berufsgrundbildungsjahr

— in Tausend —

